

SPD: Zwei Einschulungstermine

Grundschulkonzept sieht vor, die flexible Eingangsstufe in Hessen flächendeckend zu verordnen

VON PETRA WETTLAUER-POHL

WIESBADEN. Die hessische SPD hat bei ihren schulpolitischen Reformen auch die Grundschule im Blick. Sie plant, den Grundschulen im Lande die flexible Eingangsstufe mit zwei Einschulungsterminen, im Februar und im



Heike Habermann

August, zu verordnen, so die Schulexpertin der Fraktion, Heike Habermann. Anders als bei den Ganztags- und Gemeinschaftsschulen, zu denen sich die Schulen auf freiwilliger Basis konzeptionell entwickeln könnten, „wollen wir die flexible Eingangsstufe flächendeckend einführen“, so Habermann.

Nicht ganz neu in Hessen

Neu in Hessen ist das nicht. Die flexible Eingangsstufe, die es Grundschulkindern erlaubt, die ersten beiden Schuljahre in jahrgangsübergreifendem Unterricht in ein, zwei oder drei Jahren zu absolvieren, gab es schon unter Rot-Grün in den

neunziger Jahren als Modell. Seit 2005 erlaubt das Schulgesetz den Grundschulen den Regelbetrieb. Allerdings ist eine Ausweitung der Zahl von derzeit 120 Eingangsstufen bei 1175 Grundschulen laut Schulgesetz nicht vorgesehen.

Auch können Schulen schon jetzt zweimal im Jahr – am 1. Februar und am 1. August – einschulen, wenn entsprechende personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Davon machen allerdings nur sehr wenige Schulen Gebrauch, so das Kultusministerium.

Dort ist man laut Sprecher Christian Henkes davon überzeugt, „dass nur Freiwilligkeit zum Erfolg führt“.

Der Leiter der Grundschule in Simmershausen (Landkreis Kassel), Achim Kessemeier, ist seit Jahren ein Fan der flexiblen Eingangsstufe. Die Arbeit in Gruppen mit Kindern verschiedenen Alters und unterschiedli-

chem Lerntempo erfordert ein hohes pädagogisches Engagement“, so Kessemeier. Es fördere die Teamarbeit auch im Kollegium und die Selbstständigkeit der Kinder beim Lernen. „Ein zweiter Einschulungstermin war uns aber erst einmal zu viel.“ Aus pädagogischer Sicht hält er ein indivi-

duelles Lerntempo jedoch für hervorragend. „Allen Wahlkämpfern sei gesagt, dass man dafür aber auch ausreichend Ressourcen braucht.“ Derzeit werden seine Lehrkräfte zwei Wochenstunden von einer Sozialpädagogin unterstützt.

Eine gute Ausstattung der Schulen, Stellen für Sozialpä-

dagogen und kleine Gruppen von maximal 22 Kindern seien im SPD-Konzept für die Grundschule vorgesehen, so Heike Habermann. Über Fortbildung, so hofft die SPD-Politikerin, könne man im Übrigen alle Grundschulkollegien für die flexible Eingangsstufe begeistern. **KOMMENTAR**



Zuckertüte im Sonnenschein – die SPD will künftig auch im Februar einschulen. Foto: ap

Kommentar

Vorbild statt Verordnung

Es klingt schon gut, wenn die SPD das Lerntempo der Kleinsten in der Schule möglichst individuell gestalten und so die Lernfreude fördern will. Fraglich ist freilich, ob sie das wirklich landesweit verordnen sollte. Wer Kinder beim Lernen zu Recht nicht über einen Kamm scheren will, sollte auch die unterschiedlichen Bedingungen an den Schulen berücksichtigen.

Denn das Kunststück, überall von Anfang an genügend Personal, Räume und Sachmittel zur Verfügung zu stellen, werden angesichts der Haushaltslage und vieler anderer Reformvorhaben auch die Sozialdemokraten, sollten sie



Petra Wettlaufer-Pohl über die Grundschulpläne der SPD

die Wahl gewinnen, nicht fertigbringen.

Ganz zu schweigen davon, dass es nicht nur der Fortbildung der Lehrkräfte, sondern auch der Überzeugungsarbeit bei Lehrern und Eltern bedarf. Engagement für eine gute Sache ist nun einmal nicht zu verordnen. Es entwickelt sich am ehesten durch gute Vorbilder. Davon kann es ja ruhig noch mehr geben als bisher.

wet@hna.de